

Jahresbericht des Präsidenten 2014

1. Überblick

Schwerpunkt der internen Arbeit im vergangenen Jahr bildete sicher das Verbandsentwicklungsprojekt SPRING III, der Austritt der Stadt Luzern per Ende 2014 aus dem Verband sowie die Gesamterneuerungswahlen im Vorstand mit drei neuen Köpfen. Auf der externen Ebene standen das kantonale Sparpaket Leistungen und Strukturen II sowie der Bildungskostenteiler ganz oben auf der Agenda.

Drei neue Gesichter im Vorstand

An der GV 2014 galt es aufgrund der Demissionen von Erwin Arnold, Buchrain (Leiter Bereich Gesundheit und Soziales), Markus Hool, Horw (Leiter Bereich Justiz und Sicherheit) sowie Irene Keller, Vitznau (Leiterin Bereich Bau- Umwelt und Energie) drei neue Vorstandsmitglieder zu wählen. In den Personen von Oskar Mathis, Horw (Leiter Gesundheit und Soziales), Rolf Born, Emmen (Leiter Bereich Justiz und Sicherheit) sowie Fabian Peter, Inwil (Leiter Bereich Bau- Umwelt und Energie) konnten drei kompetente Köpfe auf dem Berufungsweg für die Vorstandsarbeit gewonnen werden. Sie wurden von der GV denn auch problemlos gewählt und vertraten in der Folge schon etliche Geschäfte im Vorstand. Im Rahmen der Gesamterneuerungswahlen wurden an der GV 2014 im Übrigen alle bisherigen Vorstandmitglieder wiedergewählt.

Austritt der Stadt Luzern aus dem VLG

Trotz Ankündigung eines Verbandsentwicklungsprojektes teilte die Stadt Luzern anlässlich der GV 2014 ihren Austritt aus dem Verband per Ende 2014 mit. Das war für den Verband ein herber Schlag, ist doch die Stadt Luzern ein wichtiger Ressourcengeber, arbeitete sie doch in vielen Arbeitsgruppen mit und stellte dem Verband auch da und dort interne Ressourcen zur Verfügung. Aufgrund der Pro-Kopf-Verbandsbeiträge ist die Stadt Luzern auch ein wichtiger Finanzier des Verbandes. Dem Austritt vorangegangen war ein gegen den Willen des Stadtrates überwiesenes Postulat im Luzerner Stadtparlament. Darin kam eine grosse Unzufriedenheit gegenüber der Leistung des Verbandes zum Vorschein. In den Augen des Stadtparlamentes setzte sich der VLG zu wenig für die Interessen der Stadt Luzern ein. Es wurde daher - trotz der Tatsache, dass die Stadt Luzern sowohl im Vorstand als auch in den wichtigsten Gremien des VLG vertreten war - ein Missverhältnis zwischen Verbandsbeitrag und Ertrag konstatiert. Kritisiert wurde auch die politische Unausgewogenheit des Vorstandes. Im Rahmen dieser Diskussion kam es auch zu verschiedenen Kontakten des Verbandes mit den K-5 Gemeinden (Luzern, Kriens, Emmen, Horw und Ebikon).

Verbandsentwicklungsprojekt SPRING III

Ein Hauptschwerpunkt der internen Verbandstätigkeit bildete das Projekt SPRING III. Eine Projektsteuerung und Projektgruppe unter der Leitung des externen Projektleiters alt Ständerat Dr. Franz Wicki erarbeitete verschiedene Vorschläge zur Optimierung der Verbandsarbeit, welche an der GV 2015 den Delegierten zur Genehmigung unterbreitet werden sollen. Bei den Arbeiten ging es primär darum, sicherzustellen, dass Minderheitsmeinungen verbandsintern und verbandsextern besser abgebildet werden können. SPRING III soll dabei den Grundstein legen, um die Stadt Luzern (Stadtparlament und Stadtrat) zu einem Wiedereintritt in den VLG zu motivieren. In der Projektgruppe arbeiteten 11 Personen und in der Projektgruppe 6 Personen mit. Die Arbeiten begannen vor den Sommerferien und dauerten

bei Jahresabschluss noch an. In den Projektgremien war auch die Stadt Luzern als ausgetretenes Mitglied vertreten.

Sparpaket Leistungen und Strukturen II

Im vergangenen Jahr dominierte in finanzpolitischer Hinsicht sicherlich das Sparpaket Leistungen und Strukturen II das Feld. Dabei kam seine Forderung, dass es keine Lastenverschiebungen zu den Gemeinden mehr geben dürfe, auf den Prüfstand. Plötzlich entpuppten sich vermeintliche Vorteile für die Gemeinden als Nachteil. Es galt daher, in kurzer Frist das ganze Sparpaket des Kantons auf seine „Gemeindetauglichkeit“ hin zu überprüfen. So gelang es dem Verband denn auch, an verschiedenen Orten Erfolge zu erzielen, indem Aufgabenverlagerungen zu Lasten der Gemeinden verhindert werden konnten. Es zeigte sich einmal mehr, dass es da und dort mit dem AKV-Prinzip nicht so genau genommen wird. Alles in allem konnte der VLG mit dem Ausgang des Programmes sowie mit dem Budget 2015 des Kantons zufrieden sein.

Bildungstenteiler: eine unendliche Geschichte

Auch 2014 beschäftigten die anvisierten Änderungen des Bildungskostenteilers von heute 75%:25% auf neu 50%:50% den VLG. Ein von der Regierung Längerem in Aussicht gestellter Planungsbericht wurde immer wieder verschoben, und für den Verband besteht tatsächlich die Gefahr, dass diese Geschichte zu einer unendlichen Geschichte wird. Nichtsdestotrotz liess der VLG in seine Bemühungen, hier endlich eine Änderung herbeizuführen, nicht locker und deponierte seine Forderung bei jeder sich bietenden Gelegenheit. Tatsache ist allerdings, dass die Änderung des Bildungskostenteilers ein hochkomplexer Vorgang ist, der in etlichen Gemeinden zu finanziellen Verwerfungen führen kann und allenfalls über den Finanzausgleich korrigiert werden muss.

Der Vorstand traf sich im vergangenen Jahr zu elf ordentlichen Sitzungen. Die fünf Fachbereiche kamen durchschnittlich zu je sechs bis acht Sitzungen zusammen und behandelten wiederum viele anstehende Geschäfte. So wurden Stellungnahmen zu insgesamt 10 grösseren Vernehmlassungen erarbeitet, was eine etwas weniger grosse Arbeitsbelastung als im Vorjahr (2013) bedeutete. Daneben arbeiteten wiederum viele Gemeinderatsmitglieder in kantonalen Arbeitsgruppen mit.

2. Aus den Fachbereichen

Nachfolgend erfolgt ein kleiner Überblick über die wichtigsten Geschäfte aus den fünf Fachbereichen, welche im letzten Jahr aktuell waren. In der Regel werden alle Geschäfte des VLG einem Fachbereich zugewiesen, der daraus ein Vorstandsgeschäft vorbereitet oder im Rahmen seiner Kompetenzen selber entscheidet. Einige wenige Dossiers werden direkt durch den Vorstand geführt. Die Fachbereiche führen zum Teil eigene Regionalkonferenzen durch, wo sich die einzelnen Ressortverantwortlichen aus den Gemeinden treffen. Somit ist ein intensiver Austausch bis zur „Basis“ möglich.

2.1 Bereich Bau, Umwelt, Wirtschaft und Verkehr (Bereich BUWD)

Im Bereich BUWD standen v. a. zwei Geschäfte im Vordergrund, nämlich der revidierte Richtplan sowie das neue Gewässergesetz.

Zankapfel Neuer Richtplan

Die Vorstellung des revidierten Richtplanes erntete bei den Gemeinden grosses Kopfschütteln. Vor allem die Einteilung der Gemeinden in verschiedene Gruppen, welche dann wiederum mit unterschiedlichen Wachstumsmöglichkeiten belegt wurden, stiess auf Kritik. So fühlten sich insbesondere Gemeinden, welche nicht an der Y-Achse gelegen sind, in ihren Wachstumsmöglichkeiten eingeschränkt. Der VLG wehrte sich in einer ersten Phase erfolgreich gegen diese in den Augen vieler Gemeinden zu technokratischen Einteilung und wies den revidierten Richtplan zu Überarbeitung zurück. Der Regierungsrat zeigte grundsätzlich Verständnis für die Kritik. Ende 2014 befand sich der Richtplan in einer internen Überarbeitung.

Neues Gewässergesetz mit Tücken

Nach langen Vorarbeiten, bei welchen auch vier Gemeindevertreter dabei waren, stiess der Gesetzesentwurf bei seiner Veröffentlichung auf harsche Kritik aus allen Reihen. Vor allem der Bereich der Gewässereinteilung sowie die ungelöste Finanzierung lösten teilweise Unmut aus. Der VLG reagierte und nahm wieder das Gespräch mit dem Kanton auf. Auch dieser Gesetzesentwurf wurde anschliessend zurückgenommen und überarbeitet. Viele, gerade ländliche Gemeinden fürchteten das Risiko der Übernahme von Gewässern mit grossem Schadenspotenzial.

2.2 Bereich Bildung und Kultur (Bereich BKD)

Nach einem sehr arbeitsintensiven und hektischen 2013 ging es 2014 im Bereich Bildung etwas ruhiger zu und her. Das bedeutete indessen nicht, dass die Problemstellungen einfacher geworden wären. Unter der Leitung von Vorstandsmitglied Ursi Burkart-Merz behandelte der Bereich viele Geschäfte. Im Mittelpunkt dabei standen - zusammen mit dem Bereich Finanzen - die neue Schulverwaltungssoftware, das Sparpaket Leistungen und Strukturen II sowie die neuen Empfehlungen zur Schulzahnpflege. Ebenfalls ein Dauerbrenner auf der Traktandenliste war das Thema Bildungskostenteiler. Auch im vergangenen Jahr hatte der Bereich institutionelle Kontakte mit dem Lehrerinnen- und Lehrerverband, mit dem Schulleiterverband sowie mit dem Verband der Schulpflegen und Bildungskommissionen. Ebenfalls fand ein wertvoller Kontakt mit der Pädagogischen Hochschule Luzern statt. Ein regelmässiger Gast an den Bereichssitzungen war auch Dr. Charles Vincent, Vorsteher der Dienststelle Volksschulbildung.

Schulverwaltungssoftware

Beim Projekt Schulverwaltungssoftware kam es im vergangenen Jahr zu unzähligen Sitzungen, wo auch eine Vertretung des Bereiches Bildung dabei war. Die komplexen Verhandlungen werden durch die Fachgruppe Prozesse und Informatik (FAPI) sowie durch den Bereich Finanzen geführt. Der Bereich Bildung ist eher für den fachlichen Teil verantwortlich. Es setzte sich die Erkenntnis durch, dass es bei der Einführung einer neuen Schulverwaltungssoftware um eine äusserst komplexe Materie handelt. Dem Wunsch einer möglichst baldigen Ablösung des heutigen Systems steht die Herausforderung einer finanzierbaren Lösung gegenüber. Es gelang daher im vergangenen Jahr nicht, sämtliche offenen Fragen zur Zufriedenheit aller Beteiligten zu lösen.

Sparpaket Leistungen und Strukturen

Eine besondere Herausforderung bildete das kantonale Sparpaket Leistungen und Strukturen II. Gerade im Bildungsbereich wurden dem Kantonsrat unzählige Vorschläge zum Sparen unterbreitet. Oberstes Gebot bei der Beurteilung der Sparvorschläge im Bereich Bildung war, dass es dadurch in den Gemeinden nicht zu Mehrbelastungen kommt. Der VLG äusserte sich daher in der Folge zu Handen des Regierung- und des Kantonsrates.

Arbeitsgruppe Schulführungsmodell

Eine Arbeitsgruppe mit Beteiligung des VLG beschäftigte sich auch mit der künftigen Ausgestaltung der Schulführungen in den kommunalen Volksschulen. Dabei ging es u. a. auch um die Zukunft der Schulpflegen in ihrer heutigen Form. Die Resultate der Arbeitsgruppe fanden in einem Bericht Eingang, welcher als Basis für eine kommende Teilrevision des Volksschulbildungsgesetzes dient. Die entsprechende Vernehmlassung ist 2015 vorgesehen.

Neue Empfehlungen zur Schulzahnpflege

Der Bereich nahm von der Neuorganisation des Verbandes der Schulzahnpflegeinstruktorinnen Kenntnis und genehmigte daraus entsprechende neue Leistungsvereinbarungen mit den Gemeinden. Diese sollen 2015 an die Gemeinden gehen und die bisherigen Leistungsaufträge ersetzen.

2.3 Bereich Finanzen (Bereich FD)

Auch im vergangenen Jahr beschäftigte sich der Fachbereich Finanzen mit dem Projekt „stark.lu“, also mit dem harmonisierten Rechnungsmodell für die Gemeinden.

Projekt „stark.lu“

Im Verlaufe des letzten Jahres konnte die verantwortliche Projektorganisation die Arbeiten soweit beenden, dass die entsprechende Botschaft in die Vernehmlassung geschickt werden konnte. Die Gemeinden machten denn auch zahlreich von der Möglichkeiten einer Stellungnahme Gebrauch. Im Projekt „stark.lu“ waren unzählige Gemeindevertreter in verschiedenen Arbeitsgruppen vertreten. Im Rahmen der Vernehmlassung kamen noch viele neue Aspekte für die Gesetzgebung hinein. Dabei wurde auch der Zeitplan diskutiert, da das Projekt für die Gemeinden auch administrativ eine grosse Herausforderung ist.

Projekt Wirkungsbericht/Revision Finanzausgleich

Der neueste Wirkungsbericht zum Finanzausgleich wurde im Frühling 2014 vom Parlament zustimmend zur Kenntnis genommen. Er beseitigt weitere Systemfehler, ohne für die einzelnen Gemeinden zu grosse Verluste zu generieren. Bereits läuft das Projekt zur Revision des Finanzausgleichsgesetzes, welches die Forderungen des Wirkungsberichts umsetzt. Der VLG wirkt in diesem schwierigen Geschäft an vorderster Front mit.

Leistungen und Strukturen II

Der Bereich Finanzen war federführend beim kantonalen Sparpaket Leistungen und Strukturen II. Hier galt es, gegen hundert Sparmassnahmen auf ihre „Gemeindeverträglichkeit“ hin zu überprüfen und ein Fazit zu ziehen. Der VLG wehrte sich teilweise erfolgreich gegen Mehrbelastungen im Rahmen dieses Sparpaktes.

Inkassoprovision direkte Bundessteuer

Obwohl der VLG in verschiedenen Eingaben an den Kanton eine Entschädigung für das Inkasso der direkten Bundessteuer durch die Gemeinden verlangt, biss der VLG bei der Regierung dabei auf Granit. Die entsprechende Forderung konnte letztlich aber durch einen überwiesenen Vorstoss des Bereichsleiters im Parlament platziert werden. Bereich und Vorstand warten immer noch eine Lösung in dieser Frage.

Weiter war der Fachbereich in zahlreichen bereichsübergreifenden Projekten beteiligt: bspw. bei der Evaluation der Pflegefinanzierung, den Arbeiten zur Revision des Pflegefinanzierungsgesetzes aber auch bei der Schuladministrationssoftware.

2.4 Bereich Gesundheit und Soziales (Bereich G+S)

Unter der neuen Leitung des Horwer Sozialvorsteher gab es auch für den Bereich Gesundheit und Soziales wiederum viel Arbeit. Im Vordergrund dabei standen die Revision des Sozialhilfegesetzes sowie die Pflegefinanzierung.

Totalrevision des Sozialhilfegesetzes

Der Bereich beschäftigte sich im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens intensiv mit dieser wichtigen Gesetzesrevision, da die Sozialhilfe vorab in den Gemeinden umgesetzt werden muss. Leider gab es schlussendlich keine grosse Totalrevision, da nur 15 der 56 Empfehlungen der vorberatenden Projektgruppe Eingang in die definitive Gesetzesrevision fanden. Insbesondere sollte der Kanton auch nach 10 Jahren weiterhin für die Finanzierung der

Flüchtlinge und vorläufig aufgenommenen Personen zuständig sein. Wir sind jedoch froh, dass das neue Gesetz „aus einem Guss“ ist und den Vollzug auf Gemeindeebene erleichtert.

Pflegefinanzierung

Eine verzwickte Situation ergab sich bei der Pflegefinanzierung. Auch nach einer zweimaligen Vernehmlassung gab es innerhalb der Gemeinden keinen Konsens über die vorgeschlagene Taxbegrenzung. Zu unterschiedlich waren die verschiedenen Vorstellungen zwischen Agglomeration, Stadt und Land. Jedoch wurde ein erweitertes Pflegegesetz mit klaren Auflagen zur Kostenrechnung und den Berechnungsinstrumenten sehr begrüsst. Daher können wir uns mit den unbestrittenen Punkten gut einen Gegenvorschlag zur Initiative „für eine gerechte Verteilung der Pflegefinanzierungskosten“ vorstellen.

Demenzstrategie / Pflegeheimplanung

Auf der Grundlage der nationalen Demenzstrategie soll nun eine kantonale erarbeitet werden. Da die Demenzkranken eine zunehmend grössere Gruppe in den Pflegeheimen darstellt, soll vorab deren Bedarf bis 2017 geklärt werden und danach oder parallel die bestehende Pflegeheimplanung 2020 schon auf 2018 überarbeitet werden. Wir sind bei der Erarbeitung in der Steuerungs-, Projekt- und Echogruppe mit verschiedenen Gemeinderätinnen vertreten und können unser Basiswissen schon frühzeitig einbringen.

Pilotprojekt Überbrückungspflege

Sobald die Akutpflegebedürftigkeit in einem Spital nicht mehr gegeben ist, muss diese Person durch die Pflegeheime in den Gemeinden aufgenommen werden. Da dies innerhalb 2 - 3 Tagen erfolgen muss, ist es möglich, dass kein adäquater Pflegeplatz angeboten werden kann. Für diese zeitliche Lücke übernimmt nun der Seeblick, Haus für Pflege und Betreuung in Sursee, in einer Spezialabteilung diese Langzeitpflege. Mit verschiedenen Zusammenarbeitsvereinbarungen zwischen dem VLG, Kanton, Spital und dem Seeblick konnte dieses Angebot als Pilot gestartet werden. So werden die Gemeinden in dieser Zwischenzeit nur mit Fr. 80.00 im Tag zusätzlich belastet, statt mit einer Akutpauschale des Kantonsspitals von ca. Fr. 1'200.00. Inzwischen haben schon 73 Gemeinden ihren Beitritt zu dieser vermittelnden Dienstleistung des VLG erklärt.

2.5 Bereich Justiz und Sicherheit (Bereich JSD)

Im Bereich Justiz und Sicherheit stand neben einigen Vernehmlassungen vor allem das Neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (K-ESB) im Mittelpunkt.

Neues Kindes- und Erwachsenenschutzrecht

Der VLG hatte eine Umfrage bei allen Gemeinden und den Kindes und Erwachsenenschutzbehörden lanciert. Es ging darum, die Problemfelder aus Sicht der Gemeinden und der Behörden zu erkennen. Aufgrund einer ersten Analyse werden von vielen Gemeinden die stets steigenden Kosten für die Behörden und die angeordneten Massnahmen sowie der mangelnde Informationsaustausch kritisiert.

Der Verband hat sich zudem an den Vernehmlassungen des Justiz- und Sicherheitsdepartementes beteiligt. Dabei ging es um die Kostenabwälzung für Polizeieinsätze an private Veranstalter und die kantonale Reklameverordnung, welche auch Plakatierungen in den Gemeinden beinhaltete. Weiter nahm der Verband Stellung zu den Grundlagen für eine Anlaufstelle sowie den Fristenstillstand im Verwaltungsverfahren.

2.6 Arbeitsgruppe Prozesse und Informatik (FAPI)

An dieser Stelle sei auf den speziellen Bericht der FAPI in der Beilage verwiesen. Es zeigte sich auch im vergangenen Jahr, wie wichtig dieses „Kompetenzzentrum“ für die Luzerner Gemeinden ist, wollen sie bei der Weiterentwicklung im Bereich der öffentlichen IT-Informatik massgeblich mitreden.

3. Kommunikation

An zwei ordentlichen Gesprächsforen mit dem Regierungsrat konnten wiederum wichtige Themen direkt beim Regierungsrat deponiert werden. Im Rahmen von einzelnen Kantonsratsgeschäften kam es zudem zu verschiedenen Kontakten zwischen Bereichsleitenden oder der Geschäftsstelle mit einzelnen Kommissionen des Kantonsrats. Ebenfalls wurden unzählige Kontakte zu den Departementen und Dienststellen des Kantons im Rahmen der Bereichsarbeit gepflegt. Aufgrund der bevorstehenden Neuwahlen des Kantonsrates wurde im vergangenen Jahr auf einen Info-Treff mit dem Kantonsrat verzichtet. Dafür fand im vergangenen Jahr erstmals ein Info-Treff mit allen Mitgliedern der Kommunalparlamente aus Luzern, Emmen, Horw und Kriens statt. U. a. wurde dort festgestellt, dass es sehr wichtig ist, die kommunalen Parlamente besser in die Arbeit des VLG einzubinden und als Sofortmassnahme die Einwohnerräte noch optimaler zu informieren.

Die Gazette und der Newsletter erfreuen sich jeweils eines grossen Zuspruchs. Neu wurden im Verlaufe des vergangenen Jahres auch alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte der kommunalen Parlamente in Luzern, Kriens, Horw und Emmen mit den Publikationen bedient. Es wird immer wieder festgestellt, wie wichtig die verbandsinterne Kommunikation ist.

Es darf festgestellt werden, dass der VLG im politischen Betrieb des Kantons Luzern eine starke Stimme hat. Regierung und Parlament beachten die Stellungnahmen des VLG. Die Kunst ist trotz der unterschiedlichen Interessenlagen der 83 Luzerner Gemeinden den gemeinsamen Nenner zu finden. Manchmal ist dies gelungen, manchmal auch nicht. Denn auch hier gilt das Sprichwort: „Allen Leuten recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann.“

4. Vernehmlassungen

Der VLG wurde im vergangenen Jahr zu insgesamt 12 Stellungnahmen eingeladen und arbeitete in der Folge entsprechende Antworten aus. Mit dabei waren wiederum Anhörungen oder einige sog. Untervernehmlassungen zu Händen des Regierungsrates. Der Verband war auch im vergangenen Jahr bemüht, seine Stellungnahmen den Gemeinden möglichst rechtzeitig zur Verfügung zu stellen. Wiederum konnte er dadurch beim Kanton mehrmals Fristverlängerung erreichen. Leider sind die politischen Abläufe oft so, dass solche Geschäfte kaum Rücksicht auf kommunale Fahrpläne nehmen. Diese Tatsache stellt insbesondere Gemeinden mit Exekutiven im Milizamt vor zunehmende Probleme. Der VLG versucht hier, das Optimum zu erreichen.

5. Projekte auf Stufe Vorstand, ständige Vertretungen

Gewisse Projekte sind direkt beim Vorstand angesiedelt. So vertraten Verbandspräsident Hans Luternauer und weitere Vorstandsmitglieder den VLG auch im vergangenen Jahr in verschiedenen Steuerungsgremien von Projekten zwischen dem Kanton und dem VLG. Als ständiger Vertreter amtiert der Verbandspräsident im Stiftungsrat der Stiftung Wirtschaftsförderung Luzern. Ebenfalls ist der VLG im Verbundrat öffentlicher Verkehr (VVL) mit Vorstandsmitglied Armin Hartmann (Schlierbach) zusammen mit Willi Bucher (Wolhusen), Adrian Borgula (Luzern) und Matthias Senn (Kriens) vertreten.

6. Politikkontakte

Wiederum fanden 2014 zwei Gesprächsforen zwischen dem Regierungsrat und dem Vorstand des VLG statt. Der VLG schätzt diesen direkten und unkomplizierten Zugang zum Regierungsrat sehr. Zudem wurde ein Meinungs austausch mit allen Gemeinderatsmitgliedern, welche auch dem Kantonsrat angehören, durchgeführt. Diese Zusammenkunft wird sehr geschätzt und soll weiterhin mindestens einmal jährlich durchgeführt werden. Im Rahmen von Kantonsratsgeschäften kam es ausserdem zu verschiedenen Kontakten zwischen Bereichsleitenden oder der Geschäftsstelle mit einzelnen Kommissionen und Ratsmitgliedern. Aufgrund der Wahlen 2015 wurde auf ein Treffen mit den Kantonsratsmitgliedern mit Gemeinderat verzichtet. Demgegenüber fand erstmals ein Treffen mit allen Mitgliedern der kommunalen Parlamente statt.

7. Dank

Abschliessend bedanke ich mich bei meinen Vorstandskolleginnen und -kollegen, den Leiterinnen und Leitern der fünf Bereiche, der Fachgruppe Informatik und Prozesse (FAPI), den Vertretungen in den Delegationen sowie den vielen Gemeindevertreterinnen und -vertretern für ihre grosse Arbeit, die sie letztes Jahr in zahlreichen Projekt- und Arbeitsgruppen geleistet haben. Ein grosser Dank geht ebenfalls an alle Gemeinden für ihre fristgerechte Begleitung der Jahresbeiträge sowie für das aktive Mitwirken bei Stellungnahmen und Vernehmlassungen und damit auch für das Interesse, welches sie für die Arbeit des VLG entgegenbringen. Im Weiteren bedanke ich mich beim ganzen Team unserer Geschäftsstelle unter der Leitung unseres Geschäftsführers Ludwig Peyer. Sie leistete wiederum umfangreiche und hervorragende Arbeit.

Reiden, im März 2015

Hans Luternauer, Präsident